

WER STEUERT DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFT? | VON ERNST WOLFF

Posted on 5. Februar 2024

*Ein Kommentar von **Ernst Wolff**.*

Deutschlands Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise, und es sieht nicht so aus, als ob sich die Dinge demnächst zum Besseren wenden würden. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, dass das Land, das in den Jahren 2003 bis 2008 immerhin sechsmal hintereinander Exportweltmeister war, weiter wirtschaftlichen Schaden nehmen und noch stärker hinter seine Konkurrenten zurückfallen wird.

In den Augen vieler liegt das an der Inkompetenz der politischen Führung und der Unfähigkeit der Wirtschaft, sich den Fehlentscheidungen der Politik wirksam zu widersetzen. Diese Einschätzung aber setzt voraus, dass diejenigen, die uns als „Führung“ präsentiert werden, tatsächlich die Fäden in der Hand halten.

Aber ist das so? Werfen wir zur Beantwortung der Frage einen Blick auf die Bereiche, in denen die für die Wirtschaft wichtigsten Entscheidungen getroffen werden.

Da ist zuerst einmal die Geldpolitik. Sie wird von der EZB gesteuert. Die allerdings hängt seit der Weltfinanzkrise am Finanzdatenanalysesystem Aladdin des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock, der seitdem als Berater mitentscheidet, in welche Kanäle das von ihr geschöpfte Geld fließt. Da BlackRock bei der US-Zentralbank Federal Reserve und der Bank of England dieselbe Rolle einnimmt und die EZB ganz sicher keine Entscheidung ohne vorherige Absprache insbesondere mit der FED trifft, kann man festhalten: Die Deutschland betreffende Geldpolitik orientiert sich nicht an den Interessen der deutschen Wirtschaft, sondern in erster Linie an denen des Vermögensverwalters BlackRock.

Betrachten wir als nächstes die Wirtschaftspolitik. Federführend ist hier das Wirtschaftsministerium unter Führung des grünen Berufspolitikers Habeck, der nie einen Posten in der Wirtschaft bekleidet und auch keinerlei sonstige Qualifikation für sein Amt mitgebracht hat. Seine wichtigste Staatssekretärin und Wirtschaftsberaterin, von deren Expertise er auf Grund seiner mangelnden fachlichen Kompetenz vollständig abhängig ist, hat 20 Jahre lang in der City of London für die US-Großbank Morgan Stanley gearbeitet, bevor sie zu BlackRock und anschließend in Habecks Ministerium gewechselt ist.

Habecks Chef wiederum, Bundeskanzler Olaf Scholz, wird in Wirtschaftsfragen von einem Ex-Banker aus den Reihen von Goldman-Sachs beraten. Einer der Hauptaktionäre von Goldman-Sachs ist niemand anders als ... Blackrock. Der größte Vermögensverwalter der Welt spielt also auch in der deutschen Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle.

Sehen wir uns als nächstes die größten Spieler im deutschen Wirtschaftsraum an und werfen wir einen Blick auf die 40 im DAX börsennotierten Schwergewichte. Bei 33 von ihnen, u.a. Bayer, BASF, Allianz und E. ON, zählt zu den Großaktionären – BlackRock. Aber das ist nicht alles. Auch Vanguard, State Street, Fidelity u.a. zählen dazu – und sie sind untrennbar mit BlackRock verbandelt. So ist Vanguard Hauptaktionär von BlackRock, während beide zu den Großaktionären von Fidelity und State Street zählen. D.h.: Dreiviertel der deutschen Wirtschaftsgiganten sind zu unterschiedlichen Teilen den Interessen von BlackRock & Co. unterworfen.

Hinzu kommen weitere wichtige Querverbindungen. So sitzt BlackRock-Gründer und CEO Larry Fink seit 2019 zusammen mit Ex-Siemens-Chef Joe Kaeser, EZB-Chefin Lagarde und IWF-Chefin Georgiewa im Führungsgremium des World Economic Forum WEF, zu dessen „Beitragenden“ u.a. Olaf Scholz und Robert Habeck und zu dessen Young Global Leaders Außenministerin Baerbock und Landwirtschaftsminister Özdemir zählen.

Wessen Interessen das WEF vertritt, verrät ein Blick auf seine „Strategischen Partner“: Das sind ca. 120 internationale Großkonzerne mit Milliardenumsätzen, die fast alle eines gemeinsam haben: Zu ihren Großaktionären zählen BlackRock, Vanguard, State Street und Fidelity.

Bedenkt man, dass allein das von BlackRock und seinem Hauptaktionär Vanguard verwaltete Vermögen aktuell bei ca. 16,3 Billionen Dollar liegt und dass Deutschlands Bruttoinlandsprodukt, also die Summe aller in Deutschland in einem Jahr produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen, aktuell bei knapp 4,3 Billionen Dollar liegt, dann bekommt man ein Gespür für das Ausmaß an finanzieller Macht, mit dem man es hier zu tun hat.

Was bedeutet das nun für unsere wirtschaftliche Zukunft?

Ganz einfach: Sie wird nicht im Berliner Bundestag und auch nicht in den Chefetagen irgendwelcher in Deutschland ansässiger Großkonzerne entschieden, sondern in den Hauptquartieren von BlackRock & Co – und zwar so lange, bis eine genügend große Anzahl Menschen in diesem Land erkennt, dass unser größtes Problem nicht in der Migration, ungesicherten Grenzen oder der Parteien-Zusammensetzung des Bundestags besteht, sondern in der seit Jahrzehnten anhaltenden Entfesselung des Finanzsektors und ihren für uns alle verheerenden Folgen.

+++

Wir danken dem Autor für das Recht zur Veröffentlichung dieses Beitrags.

+++

Bildquelle: funstarts33 / Shutterstock